

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 8

Artikel: Deflation bis zur Katastrophe?
Autor: Bratschi, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-331821>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Affären weg. Sie sind symptomatisch, aber nicht hauptsächlich. Wesentlich ist nur, daß durch sie eine Erschütterung des Vertrauens erreicht worden ist, die sich nun — gegen uns richten soll. Das ist die Absicht der vom Klerikofaschismus ausgehaltenen schweizerischen Mittel-

presse.
Eine Epoche ist abgeschlossen; aber der Kampf ist durchaus nicht zu Ende, noch ist er entschieden. Der geschlagene Feldherr wird an der Spitze einer andern Armee wiederkehren, da darf es keine Täuschung geben. Das ist das Natürlichste von der Welt — und braucht uns keineswegs zu erschrecken. Wieder einmal muß man die Dinge klar und sauber sehen, genau so, wie sie sind oder sein werden — und dann muß man doch tapfer bleiben.

Wir haben Siege nicht ausnützen können, weil wir selbst keinen ausgreifenden Feldzugsplan hatten; wir hatten nichts Konstruktives, das ebenso kühn und ebenso machtwillens gewesen wäre, wie der Klerikofaschismus. Zum letzten Male sind wir mit dieser Abwehrtaktik durchgedrungen. Die Zukunft verlangt mehr von uns.

Der Plan der Arbeit wird eine eherne Notwendigkeit. Es darf keine Zeit verloren werden, um auszuführen, was grundsätzlich beschlossen ist. Aus dem Plan heraus müssen sich die Gesetze der Taktik entwickeln, ihre feste Konsequenz wird Allgemeingültigkeit verlangen dürfen. Aber der Idee des Klerikofaschismus helvetischer Prägung muß sich die Idee der sozialen Demokratie schweizerischer Art entgegenstellen; und verbinden sich dort die Ideen des Finanzkapitalismus mit denen des Klerikalismus, so müssen sich hier diejenigen der Demokratie mit denen des Sozialismus in unserer Zeit und auf unserem Boden vermählen.

Deflation bis zur Katastrophe?

Von Robert Bratschi.

Vormerkung der Redaktion: Der Artikel des Genossen Robert Bratschi ist vor dem Rücktritt von Bundesrat Musy geschrieben worden. Der Artikel hat deswegen an Bedeutung nichts eingebüßt, da es innerhalb und außerhalb des Bundesrates genug Leute gibt, welche die Politik der Deflation weiterzuführen sich anschicken. Wir haben uns aus diesem Grunde zur unveränderten Veröffentlichung der nachfolgenden Auseinandersetzung entschlossen.

Es war Ende 1931, kurz nach den damaligen Nationalratswahlen und unmittelbar vor der Abstimmung über die Altersversicherung, als Bundesrat Musy die Öffentlichkeit mit der kategorischen Forderung überraschte, Preise und Löhne seien auf der ganzen Linie abzubauen. Mit dem Bundesrat hat er sich vor seinem Vorstoß nicht verständigt. Dagegen war er der Unterstützung der Banken und des Großkapitals sicher. Das genügte ihm.

Nach einigem Sträuben schloß sich der Bundesrat der Musyschen Deflationspolitik an. Das geschah mit einer Kundgebung im März 1932.

Sie war die Einleitung der Lohnabbaukämpfe der letzten Jahre. Sie erfaßte den Bund, die übrigen öffentlichen Betriebe und sozusagen die ganze Privatwirtschaft.

Musy stolperte mit seiner Abbauparole beim ersten großen Hindernis. In der Volksabstimmung vom 28. Mai 1933 wurde der Lohnabbau beim Bundespersonal mit großer Mehrheit verworfen. Das Volk desavouierte damit die ganze deflationistische Abbaupolitik, auf die der Bundesrat durch Musy unter dem Druck des Kapitals festgelegt worden war.

Die Deflation hatte eine erste Niederlage erlitten, aber die Kraft ihrer Anhänger war noch ungebrochen. Der Bundesrat bequeme sich nun allerdings zu einem umfassenderen Finanzprogramm, das den Lohnabbau fühlbar milderte und daneben wichtige andere Maßnahmen vorsah, die geeignet waren, das gestörte finanzielle Gleichgewicht des Bundes wieder herzustellen. Gleichzeitig hätte die Verwirklichung der finanziellen Sanierung Ausgangspunkt einer konstruktiven Politik der Krisenbekämpfung werden können.

Anfang 1934 kündete die Metallindustrie ganz unerwartet einen neuen Lohnabbau an. Das Baugewerbe schloß sich ihr bald an. Das Ergebnis der beiden Angriffsaktionen des Unternehmertums ist bekannt. Die als Folge der Arbeitslosigkeit geschwächte Kampffähigkeit der Arbeiterschaft erleichterte den Unternehmern einen Teilerfolg.

Ist nun dieser neue Vorstoß des Jahres 1934 als der letzte Schlag einer überwundenen Politik zu werten, oder handelt es sich um die Einleitung einer neuen Phase der Deflation? Das Abstimmungsergebnis vom 11. März 1934 spricht für die erstere Möglichkeit. Die Wucht der Verwerfung ist für jeden, der noch sehen und hören kann, eine Folge der allgemeinen Unzufriedenheit des Volkes, einer Unzufriedenheit mit der unglücklichen Wirtschaftspolitik unserer Behörden. Dennoch glauben wir eher, daß die zweite Alternative richtig sei. Der erfolgte Vorstoß ist das Alarmzeichen für einen neuen allgemeinen Angriff auf die Positionen der Preise und Löhne und damit auf unsere ganze Wirtschaft. *Eine neue Abbauwelle droht unser Land mit Not und Elend zu überfluten.*

Das Ergebnis des 11. März hat der Demission eines Mitgliedes des Bundesrates gerufen. Die zum Ausdruck gekommene allgemeine Unzufriedenheit hat die Frage einer allgemeinen Regierungskrise aufgeworfen. Sie wurde zuerst von Bundesrat Musy gestellt. Nachdem sie vom Bundesrat abgelehnt war, erwog der Finanzminister seine eigene Demission. Er knüpfte sein weiteres Verbleiben an eine Art Ultimatum, das eine Reihe Forderungen sachlicher Natur enthielt. Ein Ultimatum wird gewöhnlich angenommen oder abgelehnt. Hier handelte es sich offenbar nicht um ein gewöhnliches Ultimatum. Die Forderungen des Herrn Musy wurden nämlich weder angenommen noch abgelehnt. Herr Musy aber blieb. Haben wir es mit einem unwürdigen Theater in der obersten Behörde unseres Landes zu tun? Wir glauben nicht. Wir fürchten, daß sich etwas Aehnliches vorbereitet wie in den Jahren 1931 und 1932. Ueberraschende Forderungen Musys, vor-

läufiges Zaudern und Schwanken und nachheriges Einschwenken der übrigen Mitglieder des Bundesrates. Gemacht aber wird die Politik des Finanzministers, weil er der Anschicksmann der Banken und des Kapitals ist.

Die Parole heißt wieder Deflation. Abbau der Preise, vor allem des wichtigsten Preises, desjenigen der menschlichen Arbeitskraft, des Lohnes. Deflation bis zum Weißbluten.

Das erste Zeichen gab dieses Mal der Generaldirektor der Nationalbank, Dr. Bachmann. Ihm folgte in den beiden parlamentarischen Zollkommissionen Anfang März der Großindustrielle Nationalrat Sulzer. Das Losfeuern des großen Böllers war aber wieder Bundesrat Musy vorbehalten. Die Forderung ist: rigorose Deflation, Abbau der Preise, Abbau der Löhne.

Der Exportindustrielle Sulzer hat in den Zollkommissionen und im Plenum des Nationalrates die Abbauparole zu begründen versucht. Er tat es vom Standpunkt des Exportes aus gesehen. Das Ziel des Lohnabbaues sei die Herstellung der Konkurrenzfähigkeit auf dem ausländischen Markt, damit die Förderung des Exportes und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Seit Jahren wird die verhängnisvolle Abbaupolitik so begründet. Je tiefer die Löhne aber sinken, desto größer wird die Arbeitslosigkeit. Der denkende Mensch muß daher zum Schluß kommen, daß an der ganzen Politik etwas nicht stimme. Ihre Befürworter behaupten indessen, daß der Abbau nur noch nicht weit genug getrieben worden sei!

Wer sind unsere Konkurrenten in der Metallindustrie? Deutschland, Belgien, England, Nordamerika, Skandinavien und die Tschechoslowakei sind die wichtigsten. Nach Sulzer sind die Löhne in diesen Ländern 15—85 Prozent niedriger als in der Schweiz. Diese Zahlen allein zeigen, wie aussichtslos der Versuch einer Anpassung ist, es sei denn, man wolle unser Volk unmittelbar dem Hunger und dem Elend überantworten.

Wieder nach den Angaben des Herrn Sulzer setzt sich der Preis des Produktes in der Metallindustrie ungefähr wie folgt zusammen:

1. Bezüge aus dem Ausland (Rohstoffe)	20—25	Prozent
2. Personalkosten (Löhne, Gehälter, Tantiemen)	50—55	»
3. Ausgaben im Inland (Zölle, Gebühren, Steuern, Frachten usw.)	20	»
4. Kapitalkosten (Zinse und Amortisationen)	6	»

Die Zahlen zeigen einmal, daß unsere Industrie in bezug auf die Kapitalkosten gegenüber dem Ausland einen großen Vorsprung besitzt. Der Zins ist viel niedriger, und zwar gestützt auf den Kapitalreichtum unseres Landes.

Wichtig aber ist, festzustellen, daß sämtliche Personalkosten (Direktoren usw. inbegriffen) nicht mehr als ungefähr die Hälfte aller Kosten ausmachen. Daraus geht hervor, daß eine Lohnsenkung von 5 Prozent, wenn sie auch alle Gehälter bis zu den Spitzen erfassen würde, eine Preisermäßigung von ganzen 2,5 Prozent ermöglichen

würde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in vereinzelt Fällen auch diese Differenz dazu führen kann, einen Arbeitsauftrag zu erhalten. Ebenso klar liegt es aber auf der Hand, daß solche Preisdifferenzen nicht entscheidend sind. Es liegt vielmehr am Aufnahmewillen und an der Aufnahmefähigkeit des Auslandes. Sie werden mit Preisdruck nicht mobilisiert. Die Kompensation ist hier das viel zuverlässigere Mittel. Die Kompensation aber steht im hoffnungslosen Widerspruch mit dem Lohnabbau in der Schweiz, weil sie nur spielen kann, solange unser Volk noch die Fähigkeit besitzt, zu kaufen. Wenn wir als Käufer schwach geworden sind, dann fällt auch die Kompensation außer Betracht. Wir werden für den Ausländer ganz uninteressant.

Den Lohnabbau um einzelner Aufträge willen durchzuführen, ist deshalb unsinnig, weil er nicht nur für diese Einzelfälle durchgeführt werden kann, sondern sofort zur allgemeinen Maßnahme wird. Es wird also allen Arbeitern der Lohn gekürzt, um in wenigen Fällen gewisse Aufträge ergattern zu können. *Der wirtschaftliche Nutzen auf der Seite der Gewinnung einzelner Aufträge ist viel kleiner als der angerichtete Schaden auf der Seite der Kaufkraftdrosselung aller Arbeiter.* Das klassische Mittel für die Hilfe in solchen Einzelfällen ist die Exportprämie. Sie ist durch einen entsprechenden Bundesbeschluß ermöglicht worden. Wir sind bereit, dieser Art Exportförderung zuzustimmen. Sie sollte noch viel konsequenter und ausgiebiger angewendet werden, denn sie ist verbunden mit der Kompensation der beste Weg der konstruktiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Exportindustrie.

Der Lohnabbau ist aber auch sozial im höchsten Grade ungerecht. Die jüngsten Verhandlungen über den Abbau in der Metallindustrie haben gezeigt, daß gelernte Arbeiter, wenn sie das ganze Jahr arbeiten können, Einkommen von 3000—4000 Franken beziehen, wenn sie aber teilbeitslos sind, einschließlich der Arbeitslosenunterstützung, noch über Jahreseinnahmen von 2500—2700 Franken verfügen. Was gibt es hier noch abzubauen, wenn die Arbeiterschaft nicht erbarmungslos der Verarmung überantwortet werden soll?

Die Deflationisten wissen aber einen Ausweg. Sie verweisen auf den Index und stellen fest, daß der Großhandelsindex, gemessen an den Preisen von 1914, ungefähr auf 90 stabilisiert sei, während der Kleinhandelsindex seit Monaten auf 131 stehe. Der Unterschied zwischen Groß- und Kleinhandelsindex sei wesentlich größer als vor dem Krieg, also zu groß. Ist das wirklich so? Ein näheres Zusehen zeigt, daß das nicht der Fall ist. Der Ausweg wird zur gewöhnlichen Ausrede. Die Gründe der größern Differenz sind nämlich bekannt. Der wichtigste ist in den hohen Mietspreisen zu suchen. Der Mietindex steht immer noch auf 185—190. In einzelnen Großstädten hält er sich hartnäckig auf über 200. Dieser hohe Mietpreisindex ist der Ausdruck der hohen Erstellungskosten der Häuser in der Nachkriegszeit. In diesen Kosten ist die nachkriegszeitliche Teuerung gewissermaßen akkumuliert. Der Druck dieser Akkumulation macht sich nicht nur auf große Kapitalisten geltend. Er liegt auf Tausenden von kleinen

Existenzen im Gewerbe usw., wo die vorhandene Liegenschaft die Ersparnisse eines Lebens darstellen. Er liegt auf allen unsern Baugenossenschaften, denen die Arbeiter ihre Spargroschen anvertraut haben. Diese Sparbatzen würden aber von der deflationistischen Entwertung zuerst weggefegt. Die geforderte Abschreibung, die die Mietpreissenkung möglich machen soll, ist also nicht so einfach. Sie wird im Gegenteil zu Erschütterungen schwerster Art führen, denen gegenüber alle Politik der Krisenbekämpfung als jämmerliche Samariterarbeit erscheinen müßte, die nur in einem Ende mit Schrecken ausmünden könnte. Im übrigen ist die von den Anhängern der Abbaupolitik beanstandete Differenz zwischen Klein- und Großhandelsindex auf die Kosten der Veredelungsarbeit der Produkte in unserem Lande zurückzuführen. Im Zusammenhang damit stehen die etwas höhern Löhne und die entsprechend bessere Lebenshaltung. Sollen wir das preisgeben? Hätten wir damit etwas zu gewinnen? Wir glauben es nicht. Die Entwicklung in den verschiedenen Ländern beweist das Gegenteil. Wohl sind alle von der Krise betroffen. Die Länder mit relativ hohen Löhnen haben sich aber viel widerstandsfähiger erwiesen als die andern. Dort, wo die Deflation am konsequentesten durchgeführt wurde, ist die Zahl der Arbeitslosen am höchsten und die Katastrophe am größten. Man betrachte Deutschland einerseits, und die Nordstaaten, Holland, England und die Schweiz anderseits. Die Differenz zwischen Groß- und Kleinhandelsindex erweist sich bei näherem Zusehen also gar nicht so unnatürlich. Was vor dem Kriege richtig und angemessen gewesen sein mag, braucht das heute bei ganz andern Verhältnissen durchaus nicht zu sein.

Die Freigeldbewegung hat unter dem Drucke der unsinnigen Deflation und der Abbaupolitik starken Zustrom erhalten. Sie hat so weite Volkskreise erfaßt, daß zwei Fraktionen im Nationalrat (freisinnige und konservative) den Bundesrat darüber interpellieren ließen. Der Bewegung soll durch Aufklärung des Bundesrates entgegengetreten werden. Die Aufklärung hat ausgerechnet Bundesrat Musy gegeben. Sie bietet dem Bürger nichts als die trostlose Aussicht auf Deflation und weitem endlosen Abbau. Das bedeutet, daß die gegen diese Politik gerichtete Parole der Freigeldbewegung ihre Zugkraft behält. Weil diese Parole von den Anhängern des Freigeldes am konsequentesten vertreten wird, bleibt ihnen auch der größte Erfolg gesichert. Soweit der Kampf gegen Deflation und Abbau in Frage kommt, ist die Parole der Freigeldbewegung die Parole aller Kreise, die irgendwie an Preis und Lohn interessiert sind, also aller Arbeitenden. Sie muß also auch unsere Parole sein. Diese Tatsache sollte, trotz allem, was Freigeld und Sozialismus sonst trennen mag, von keiner Seite übersehen werden. Der lachende Dritte ist sonst der Kapitalist.

Wie weit soll der Abbau nach Musy und seiner Anhänger getrieben werden? Wir wissen darüber nichts Genaueres. Einige Anhaltspunkte bietet immerhin eine aus der Feder eines Berner Professors namens Wili stammende Broschüre, die den Schweizer wieder zur Besinnung bringen soll. Neben einem unflätigen Geschimpf über Bauern und Ar-

beiter und ihre Organisationen verlangt der gebildete Herr nicht mehr und nicht weniger als einen weitem etwa 30—35prozentigen Abbau! Das mag auf den ersten Blick absurd erscheinen. In Wirklichkeit stimmt diese Forderung mit der von den andern etwas vorsichtiger vertretenen Anpassungsthese durchaus überein.

Deflation und Abbau bringen das Volk zur Verzweiflung. Sie fördern daher die Radikalisierung jeder Art. Sie führen schnurgerade zum wirtschaftlichen Zusammenbruch und damit auch ins politische Abenteuer.

Ob ihre Befürworter das wollen, wissen wir nicht. Einige mögen über die Auswirkungen selbst nicht ganz im klaren sein. Andere aber wissen sicher, wohin die Fahrt geht. Zu diesen dürfte sicher Bundesrat Musy gehören. Er hat in seinem Ultimatum auch die Möglichkeit vorgesehen, den politischen Stoß aufzufangen. Im Ständestaat soll das Schweizervolk Glück und Ruhe finden.

Das sind die wirtschaftlichen und politischen Perspektiven, die Deflation und Abbau eröffnen. Sie erkennen und entsprechend zu handeln, ist unsere Aufgabe.

Perspektiven des deutschen Antifaschismus

Von J a n s o n.

Die Notwendigkeit einer Zwischenperiode.

Der Ablauf einer siegreichen antifaschistischen Bewegung in Deutschland ist zwar in erheblichem Maße vom geschichtlichen Zufall abhängig; dennoch muß mit großer Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden, daß die kommende proletarische Revolution *nicht* unmittelbar aus der faschistischen Sklaverei emporwachsen kann. Unter dem gegenwärtigen Druck des Regimes wird es vielleicht möglich sein, größere Kaders durchzuhalten, vielleicht, trotz der durch die Bedingungen der Illegalität verursachten Zersplitterung und Dezentralisierung der vielen Gruppen, in ihnen eine einheitliche sozialistisch-revolutionäre Ideologie zu entwickeln und die bestehenden Kräfte zusammenzufassen zu einer neuen Partei. Unmöglich aber erscheint es unter den jetzigen Verhältnissen, selbst bei größter Intensivierung der illegalen Arbeit, die Gesamtheit der subjektiven Voraussetzungen eines siegreichen proletarischen Aufstandes zu schaffen. Angesichts gewisser putschistischer und individualterroristischer Stimmungen in manchen antifaschistischen Kreisen, die nur die Folge politischer Unklarheit sind (so zuweilen bei früheren Mitgliedern des Reichsbanners), ist es notwendig, das klar herauszustellen. Die neue sozialistische Bewegung, die sich in der Illegalität formiert, bedarf nach dem Sturz der faschistischen Diktatur einer Zwischenperiode, in der sie ihre heute durch das faschistische Regime eingeeengten Kräfte entfalten und die alt- wie die neuproletarischen Massen sich erobern kann, um mit ihrer Hilfe zur proletarischen Revolution überzugehen. Auch wenn der Fall eintritt, daß die Revolution sich aus der